

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 1

JÄNNER 1950

50 Groschen

So geht es wirklich nicht!

Wir haben am 17. Dezember 1949 einen Brief an den Bundesverband der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten gerichtet, dessen entscheidende Teile folgendermaßen lauteten:

...Wir sind aber trotzdem der Meinung, die von unserer Genossin Jochmann im Parlament zum Ausdruck gebracht wurde, glauben aber nicht, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt gemeinsame Aktionen durchgeführt werden könnten, ohne die Kluft zwischen den Angehörigen der verschiedenen Parteien in den Kreisen der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus zu vergrößern. Das aber würde die Stoßkraft des Kampfes gegen neofaschistische Übergriffe in einem Maße beeinträchtigen, wie dies sicherlich auch von Euch nicht gewünscht werden kann.

Wir schlagen Euch daher vor, daß im Sinne unseres am 26. September 1949 an die ÖVP-Kameradschaft ge-

richteten Briefes, den wir in der Nummer 56 unseres »Sozialistischen Kämpfers« veröffentlicht haben, die Verbände der Opfer und Freiheitskämpfer ihren Kampf in der gleichen Linie ausrichten und daß wir durch Koordinierung von Abwehraktionen diesen gleichgerichteten Kampf auch äußerlich zum Ausdruck kommen lassen. Gleichzeitig durchgeführte Massenkundgebungen jedes der drei Verbände gegen den Geist der Konzentrationslager in der Vergangenheit und in der Gegenwart, in Nord und Süd, in Ost und West wären unserer Meinung nach der ausdrucksvollste Beweis der Kameradschaft aller Verfolgten, zu dem sich Genossin Jochmann bekannt hat.

Daraufhin hat der Bundesverband am 16. Jänner 1950 einen Brief an uns gerichtet, in dem es von Liebenswürdigkeiten, wie: „...Ihr tischt Behauptungen auf, an die Ihr selbst nicht glaubt“ ... „geringer Grad an Kameradschaftlichkeit“ ... „Euer Schreiben eine schwere Enttäuschung“ ... „Propagandalügen“ und dergleichen, nur so wimmelt.

Und dieser Brief an uns ist im „Neuen Mahnruf“ veröffentlicht worden, zu einem Zeitpunkt, bevor wir ihn noch überhaupt erhalten haben. Glaubte man denn in der Lichtenfelsgasse wirklich, daß dieser Rückfall in die Methoden der „Entlarvung“ der sozialistischen Freiheitskämpfer, wie sie in den Tagen des verflorenen Dr. Dürmayer üblich waren, geeignet ist, „die Kluft zwischen den Angehörigen der verschiedenen Parteien in den Kreisen der Freiheitskämpfer zu beseitigen“ oder dienen diese Methoden nicht vielmehr dazu, die Gegensätze zu vertiefen? Wer die Koordinierung des Kampfes gegen den Neofaschismus wirklich will, der weiß, daß dieser Weg nicht einer der richtigen sein kann.

Unser Justizminister in der Vorstandssitzung des Bundesvorstandes

Über Einladung von Nationalrätin Genossin Jochmann und Nationalrat Genossen Mark kam Genosse Dr. Tschadek am 16. Jänner 1950 in die Vorstandssitzung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.

Nach der Begrüßung des Ministers durch unsere Genossin Jochmann berichtete Genosse Mark in großen Zügen über alle Fragen, die unsere Mitglieder brennend interessieren, insbesondere die Fragen der Wiedergutmachung und der Rückstellung, die Frage der Delogierungen und strafrechtlichen Verfolgungen ehemaliger Widerstandskämpfer sowie schließlich die Frage der Haftentschädigung. Dann nahmen die Genossen Dr. Wolken, Krell, Heigelmeyr und Flußmann zu diesen Problemen Stellung und richteten mehrere Anfragen an den Justizminister.

Genosse Dr. Tschadek antwortete in einem ausführlichen Referat und führte unter anderem aus:

„Was die Versuche anbelangt, das Dritte Rückstellungsgesetz zu novellieren, so zähle ich zu denen, die gegen jede Novellierung sind. Da fast drei Viertel der Rückstellungsanträge erledigt sind, geht es nicht an, eine Novellierung für etwa ein Viertel der Fälle zu beschließen. Dies würde zweierlei Recht in Österreich schaffen. Eine Änderung *ex tunc**) ist aber vollkommen ausgeschlossen. Viele Rückstellungswerber, die ihr Vermögen inzwischen zurückbekommen haben, haben in der Zwischenzeit dasselbe an andere Personen übertragen. Eine Änderung des Rückstellungsgesetzes *ex tunc* würde nicht nur eine berechtigte Erregung in der ganzen Welt, sondern eine völlige wirtschaftliche Unsicherheit in Österreich mit sich bringen. Ich bin der Meinung, daß am Dritten Rückstellungsgesetz nicht zu rütteln ist. Meine Stellung in dieser Frage ist vollkommen eindeutig. Ich bin der Ansicht, daß es zu keiner Novellierung dieses Gesetzes kommen wird.

Entzogene Miet- und Bestandrechte

Was das Rückstellungsgesetz über entzogene Miet- und Bestandrechte anbetrifft (seinerzeit hieß es das Fünfte Rückstellungsgesetz), so ist bekannt, daß im letzten Parlament im Vermögenssicherungsausschuß ein Gesetzentwurf verabschiedet wurde. Mein Ministerium ist für die Fragen dieses Gesetzentwurfes nicht kompetent.

Das gleiche gilt auch hinsichtlich eines Restitutionsfondsgesetzes. Für diese Gesetze ist vorwiegend das Bundesministerium für Finanzen zuständig.

Ich verstehe, daß die in den letzten Wochen in gesteigertem Maße vorgenommenen Delogierungen

*) rückwirkend

von ehemals politisch Verfolgten und Freiheitskämpfern in Ihren Reihen Erregung verursachten. Ich habe den Richtern empfohlen, Delogierungen nach Tunlichkeit zu vermeiden, doch habe ich keine Möglichkeit, den Richtern Aufträge zu geben. Der Richter ist an keine Weisung des Ministers gebunden; der Richter hat lediglich zu überprüfen, ob eine gesetzliche Möglichkeit zum Aufschub vorhanden ist. Der Richter ist aber an einen rechtskräftigen Verwaltungsbescheid gebunden und kann diesen nicht ändern. Ich werde jedoch noch heute ein Rundschreiben herausgeben, um Delogierungen ehemals politisch Verfolgter und KZler auf ein Mindestmaß einzuschränken.

Zu diesem Thema möchte ich noch sagen, daß die verschiedenen mietrechtlichen Bestimmungen so verworren sind, daß man sich in ihnen nur schwer erkennt. Ich habe die zuständigen Fachleute in meinem Ministerium beauftragt, einen Entwurf für ein einheitliches Mietrecht in Österreich auszuarbeiten.

Strafgerichtliche Verfolgungen

Zu den strafgerichtlichen Verfolgungen von ehemaligen Widerstandskämpfern möchte ich folgendes sagen:

Ich habe Auftrag gegeben, die Verfolgung der Vorarlberger Fälle einzustellen. Im Falle Krampfl ist die Situation komplizierter. Hier liegt bereits ein Schwurgerichtsurteil des Gerichtes vor. Ich werde der Staatsanwaltschaft Weisung geben, einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu unterstützen. Im allgemeinen bin ich dafür, in allen Grenzfällen einen Strich unter die Vergangenheit zu machen und kein Verfahren einzuleiten. Daß ich kein Verfahren zulassen werde, wo von einer Schuld nicht die Rede sein kann, ist selbstverständlich.

Schließlich bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, daß ich Herrn Präsidenten Dr. Leonhardt von meinem Ministerium gebeten habe, die Frage einer Haftentschädigung für politisch Verfolgte einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und nach Rücksprache mit den kompetenten Faktoren des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer könnte man an einen Entwurf eines diesbezüglichen Gesetzes schreiten.“

Genossin Jochmann dankte dem Minister für seine Ausführungen, insbesondere für seine Erklärung, jederzeit für berechtigte Wünsche und Forderungen der KZler und der Opfer des Faschismus einzutreten.

Die Ausführungen des Genossen Tschadek haben bestätigt, daß an der Spitze des Bundesministeriums für Justiz ein Mann aus unseren Reihen steht, der für alle Fragen, die uns betreffen, ein warmes und offenes Herz und volles Verständnis hat.

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder im Landessekretariat zum Beitritt an.

Gerechtigkeit — endlich auch für die Opfer des Schuschnigg-Terrors

Als im Frühjahr 1945 das System jener Wichte und Henker zusammenbrach, die einer vor Entsetzen starren Welt mit Hilfe eines überdimensionierten Propagandaapparates einzureden versuchten, daß sie die einzig legitimen Erben einer ruhmreichen Tradition der Dichter und Denker wären, da meldeten sich aus dem langen Zug der Elendsbataillone von Überlebenden der braunen Todesmühlen auch die Stimmen jener, die das Dritte Reich einst vorbereiten geholfen haben. Die Stimmen so mancher Exponenten des „autoritären Regimes“ der Dollfuß, Starhemberg und Schuschnigg, das in blindem Haß gegen den sozialen Fortschritt und den politischen Aufstieg der Werktätigen Kanonen gegen das eigene Volk aufbot und für alle Orgien des Terrors vom Februar 1934, für gemeinen Mord, tausendfache Rechtsbeugung, für niederträchtigen Raub des Vermögens der Arbeiter, für die unsäglichen Leiden zahlloser Familien verantwortlich gemacht werden müssen. Es handelte sich nicht etwa um ein politisches Fahrlässigkeitsdelikt, nicht um Gesinnungsschlamperien, an denen die Geschichte des Bürgertums in Österreich so reich ist — es war bewußter Hochverrat, es war Verrat an der Verfassung der Republik, Verrat an den Begriffen der Menschlichkeit.

Das namenlose Leid der Naziära, Terror und Krieg, haben viele vergessen lassen, was sich von 1934 bis 1938 in Österreich ereignet hat, und wir wollen hoffen, daß sie es angesichts der manchmal sehr eindeutigen Rückfälle gewisser Politiker der ÖVP nicht einst werden bereuen müssen, daß sie ihrem Gedächtnis Schweigepflicht auferlegt haben.

Wir hörten nach dem Zusammenbruch der braunen Barbarei ihre Stimme wieder. Sie, die

Haß und Gewalt gegen die Demokratie gepredigt hatten; sie, die unter Verhöhnung des Begriffes der christlichen Humanität nicht einmal Frauen und Kindern gegenüber Milde walten ließen, erschienen jetzt auf einmal in der

12. FEBRUAR

Der Landesverband Wien veranstaltet am Sonntag,
dem 12. Februar 1950, eine große

Gedenkkundgebung im Volkstheater

Aus dem Programm:

SJ-Chor unter Leitung des Gen. Erwin Weiß

Uraufführung des Lichtbildervortrages

„Über die Ereignisse des 12. Februar 1934“
zusammengestellt von Gen. Karl Hans Sailer

Uraufführung:

„Du sollst nicht töten.“

Ausgeführt vom Kunstkollektiv der SBZ unter der
Leitung des Gen. Franz Ibaschitz-Kusmid

Die Einladungen zu dieser Großkundgebung werden
in den Bezirksgruppen ausgegeben

Beginn 10 Uhr

Eintritt frei

Rolle der Dulder, die Märtyrerkrone auf dem Haupt, in Wahrheit bloß Opfer ihrer eigenen politischen Sünden, Opfer ihrer eigenen Methoden. Sie forderten Wiedergutmachung des

Die „Rabies nationalis“

Friedrich Nietzsches Stellung zur Rassenfrage

Im Jahre 1950 jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem Friedrich Nietzsche gestorben ist. Der vorliegende Beitrag stellt sich die Aufgabe, eine Geschichtsfälschung der Nazi aufzuzeigen.

Im Pantheon des „tausendjährigen“ Reiches nahm sich die Büste Friedrich Nietzsches reichlich merkwürdig aus. Wir schritten tief bewegt an ihr vorbei, unter dem Eindruck, welcher Vollendung menschliche Niedertracht fähig ist. Denn nicht nur der Vernichtungswille, auch die Falschmünzerei fand im Dritten Reich ihre Meister. Das Geheimnis hieß: Deutsche „Organisation“. Es ist wahr: Das Regime bedurfte einer „standesgemäßen“ Tradition. Die ideologischen Parvenus, die von einem ethischen Darwinismus zur Panbestialität gelangten, scheuten vor keiner Schandtät zurück. Wir sahen „Also sprach Zarathustra“ neben „Mein Kampf“ auf den Regalen der Propagandabüchereien, wir sahen neben den kitschigen Führerbüsten die Totenmaske des Philosophen, eben jenes Friedrich Nietzsche, der in unmißverständlicher Weise die ganze Kraft seiner Argumentation gegen den Altar des Molochs Nationalismus gerichtet hatte.

Wo organisch gewachsenes „Erbgut“ fehlte, bedurfte es der Künste tüchtiger Interpreten der

geistigen Überlieferung, um diesen Mangel wettzumachen. Es meldeten sich schon auf die erste Bestellung für einen nationalsozialistisch „geläuterten“ Nietzsche hin eine Reihe von kollaborierenden Experten der neuzeitlichen Philosophie und begannen ein Fälscherwerk, das selbst im Dritten Reich ohne Beispiel gewesen ist. Man würde jedoch den literarischen Kippen und Wippen um Rosenberg zu viel Ehre antun, wollte man alle ihre Namen nennen. Es gelang ihnen nur zum Teil, das geistige Bild Nietzsches zu verfälschen, denn nicht alle erlagen der Suggestibilität der Phrase. Wohl aber gelang es, sein Erbe in den Augen Kritikloser — und sie zählen nach Millionen — zu verunglimpfen.

Sie riefen: „Der Wille zur Macht!“ Ist dieses Buch nicht die Bibel eines einst fiktiven, aber jetzt sehr real gewordenen „Führertums“? Und Nietzsches Verachtung der „Mitleidsreligion“? Nahm sie nicht die Euthanasie des Regimes vorweg? Predigte Nietzsche den „Vielzuvielen“, den Menschen, die mit Tourmister und Marschstiefeln auf die Welt gekommen scheinen, um sie für sich zu erobern und ihrem „Lebensraum“ einzugliedern, nicht den Kadavergehorsam? Ist nicht: „Alles Lebende ein Gehorchendes“?

Nie fand die „Sinnggebung“ so vielfältige Formen und so viele willfährige Gläubige. Das Nietzsche-Archiv in Weimar stand damals unter der Patronanz von Elisabeth Förster, der Schwester des Philosophen.

ihnen von der braunen Konkurrenz zugefügten Schadens und erhielten sie auch. Die Zweite Republik war menschlicher gegen sie, als sie es gegen die Verteidiger der Ersten Republik gewesen sind.

Die Opfer des Austrofaschismus aber, die Opfer des Februars 1934 und der Jahre bis 1938 gingen bisher leer aus. Sie haben einst sogar die Kosten für die Haft bezahlen müssen, in die sie auf Grund einer unerhörten Rechtsbeugung gebracht worden waren, sie haben die Kosten der Prozesse tragen müssen, die der organisierte Hochverrat und seine juristischen Helfershelfer gegen sie angestrengt haben; ja, es ist sogar vorgekommen, daß die Hinterbliebenen justifizierter Freiheitskämpfer veranlaßt wurden, dem Regime die Gebühren für den Henker zu vergüten. Ja, die „Christen“ vom Schlage der Schuschnigg, Starhemberg und Konsorten haben selbst davor nicht zurückgeschaut, die Witwen und Waisen feige Hingemordeter zu verpflichten, die Henker ihrer Männer zu bezahlen.

Wer da meinte, das schuldbeladene Gewissen dieser Leute würde ihnen nach 1945 die Linie ihres Handelns vorschreiben und sie letzten Endes veranlassen, dieses schreiende Unrecht gutzumachen, der irrte. Es bedurfte eines langen Kampfes der Sozialisten, um endlich auch für die Opfer des Schuschnigg-Regimes, für die Sozialisten, die nach dem Februar 1934 eingekerkert wurden oder sonst zu Schaden gekommen sind, die gesetzlichen Unterlagen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, wenigstens einen Teil dessen zurückzuerhalten, was ihnen infolge des Terrors verlorengegangen ist.

Das Dritte Rückstellungsgesetz gibt diesen Kameraden nun eine Chance. Durch dieses Gesetz werden auch jene, die in diesen Jahren 1934 bis 1938 aus politischen Gründen ihrer Stellung verlustig gegangen sind, eingekerkert

wurden oder sonst geschädigt worden sind, ihre Schadenersatzansprüche geltend machen können, und unser Sozialminister Maisel wird dafür sorgen, daß die Wohltat dieses Gesetzes am Bürokratismus nicht zuschanden wird. Die Genossen Jochmann, Lackner, Mark und Genossen haben überdies am 16. Dezember 1949 im Parlament eine Anfrage*) an den Justizminister gerichtet, in der auch eine Haftentschädigung für die Antifaschisten gefordert wird. Sie ist allerdings bis Redaktionsschluß noch nicht beantwortet worden.

Kinderfürsorge**)

Der Gesetzgeber hat es als eine der vorrangigsten Aufgaben angesehen, Kindern, welche vor dem 1. Jänner 1947 geboren wurden, durch eine eigene Kinderfürsorge zu helfen. Für diese erhält das Opfer einen Erziehungsbeitrag in der Höhe der jeweils für Bundesangestellte geltenden Kinderzulagen (derzeit 40 S monatlich). Für nach dem 1. Jänner 1947 geborene Kinder wird die Kinderzulage nach dem Kriegsofopferfürsorgegesetz in Höhe von 25 S gewährt.

Für alle Kinder von Inhabern einer Amtsbescheinigung sind als Begünstigung vorgesehen: eine besondere Berücksichtigung bei Aufnahme in öffentlichen Kinderheimen, eine bevorzugte Behandlung bei Vergabung von Erholungs- und Studienaufenthalten im In- und Ausland, Vergabung von Studienstipendien sowie Befreiung von Schul- und Unterrichtsgeld in allen öffentlichen Schulen und bevorzugte Behandlung bei Berufsberatung und Zuweisung von Lehrstellen.

*) Vergleiche „Der sozialistische Kämpfer“ Nr. 8, Dezember 1949, Seite 1.

**) Vergleiche „Der sozialistische Kämpfer“ Nr. 5/6, September/Oktober 1949, Seite 29.

Sie, Anbeterin des Rattenfängers von Braunau, eine Person, deren geistige Verantwortlichkeit sehr fragwürdiger Natur war, überlieferte die Schätze des Hauses einer Schar von gewissenlosen Falschmünzern und nahm es stillschweigend hin, als man daranging, den Philosophen zum Kronzeugen für das Dritte Reich zu stigmatisieren. Sie haben auch — wir werden sehen, mit welchem Erfolg — Nietzsche zum geistigen Nährvater der braunen Rassentheorie herabgewürdigt, und diesem Problem wollen wir heute auf den Grund gehen. Es rührt an merkwürdige und sehr interessante Zusammenhänge.

Merkwürdigerweise hat man während der Ära der Kapitulation des Geistes vor der Gewalt eines Mannes vergessen, der sich heute wahrlich mit Recht rühmen dürfte, ein Vorläufer Adolf Hitlers gewesen zu sein: Es ist Bernhard Förster, der Schwager Nietzsches, der seit 1870 als Professor am Friedrichsgymnasium in Berlin gewirkt hat. Er war es, der den politischen Antisemitismus, die „Lebensraumtheorie“ und die großdeutsche Welterherrschaftsparole auf sein Banner geschrieben hatte; er war es, der, wie später Adolf Hitler, von der natürlichen Hegemonie des „Arier“- und Germanentums faselte, in der Kunstgeschichte mit einer „indogermanischen Baustiltheorie“ dilettierte (welche Ähnlichkeit mit den kunsthistorischen Phantastereien Hitlers!) und eine „arische“ Christusauffassung propagierte, die eben-

falls später Eingang in die „Theorie“ des Nationalsozialismus fand.

Förster ließ es nicht bei Worten bewenden. Er organisierte den Rassenschutz und provozierte antisemitische Skandale. Wir verdanken Erich F. Podach eine gründliche Kenntnis dieses Mannes. Leider ist Podachs unerhört interessantes Buch „Gestalten um Nietzsche“, das verschiedene (bis zum Erscheinungsjahr 1932 unveröffentlichte) bedeutsame Dokumente enthielt, in der breiten deutschen Öffentlichkeit völlig unbekannt geblieben. Es erschien nämlich kurze Zeit vor der Niederknüppelung der Demokratie durch die Nazi und wurde 1933 über allerhöchsten Befehl eingestampft, nur deshalb, weil es über Tatsachen berichtete, die der neudeutschen Ideologie zuwiderliefen. Bei diesem Verdammungsurteil gegen Podachs Buch wird Elisabeth, die verwöhnte Tochter und Gattin des vorerwähnten Bernhard Förster, Pate gestanden haben. Denn Podach hat in seinem Buche nicht verabsäumt, die verhängnisvolle Rolle der nicht nur geschäftstüchtigen, sondern auch bedenkenlosen Dame und die Ränke ihres Gatten ins richtige Licht zu stellen.

Der „Fall Förster“ würde eine Neuaufgabe des einst so verpönten Werkes Podachs notwendig erscheinen lassen. Schon deshalb, weil es die Ursprünge des deutschen Antisemitismus bloßlegt.

(Fortsetzung folgt)

Keine Milde!

Wir konnten vor kurzem in der Presse Äußerungen aus den Kreisen des sogenannten Verbandes der Unabhängigen lesen, wie zum Beispiel:

„Wir sind nicht so feige wie die Freiheitskämpfer, die sich in Löchern, Kanälen und Kloaken verkrochen haben.“

Oder: *„Der österreichische Freiheitskampf war nur Gestank, 1945 ist die Straße, die Gosse und die Jauche darangekommen.“*

Und schließlich: *„Wir Heimkehrer im VdU werden nicht ruhen, bevor nicht der letzte KZler und Widerstandskämpfer in Regierung und Parlament mit dem Stimmzettel oder mit dem Ochsenziemer davongejagt wird.“*

Wir könnten über diese Ergüsse hinweggehen, wenn es bloß solche einzelner irrsinnig gewordener Desperados wären, wenn es nicht ein aufschlußreiches Bild über die Geisteshaltung dieses Verbandes geben würde.

Aber nun haben in der ersten Sitzung des neugewählten Parlaments führende Abgeordnete dieses neofaschistischen Verbandes, Leute, die wegen ihrer Tätigkeit zugunsten des Nazi-regimes im Jahre 1945 einige Wochen in Haft gewesen sind, die bodenlose Frechheit besessen, zu sagen, wenn die KZler 1945 das Recht für sich in Anspruch nahmen, allein zur Macht zu kommen, werden sie es dulden müssen, daß „KZler nach 1945“ von demselben Recht Gebrauch machen und sich damit als politisch Verfolgte aufzuspielen.

Nun, diese Herren Abgeordneten haben in der Sitzung des Parlaments an Ort und Stelle von verschiedenen Abgeordneten aller drei demokratischen Parteien die gebührende und sehr deutliche Abfuhr erhalten*); was wir sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus dazu zu sagen haben, ist aber folgendes:

Wir haben niemals das Recht in Anspruch genommen, allein zur Macht zu kommen, und wir haben niemals den entsprechenden Einfluß besessen, denn sonst wäre es nicht möglich, daß wir heute nach vier Jahren noch immer auf die Bereinigung unserer berechtigten Forderungen warten müssen, während die Gesinnungsgenossen obiger Herren durch die wohlwollende Behandlung fast alle ihre Wünsche und Forderungen in ausreichendem Maße durchzusetzen vermochten.

Wir erinnern uns noch sehr genau der Zeit, als in Italien der Faschismus im Sattel saß und sich in Deutschland die Nazi bereits auf dem Wege zur Macht befanden, dem Weg, den ihnen die deutsche Demokratie in unverständlicher Blindheit erleichterte, und damals konn-

ten wir daran glauben, wenn Deutsche, führende Parlamentarier erklärten, „Der Faschismus wird totgestreikt“ oder „Noch einen Schritt weiter, und wir marschieren“, um so mehr, als sogar unser Zentralorgan damals in Balkenlettern schreiben konnte, „Deutschland ist nicht Italien“.

Nun, wir alle wissen, daß der deutsche Faschismus nicht „totgestreikt“ wurde, daß das Reichsbanner nicht „marschierte“, ja im Gegenteil, die deutsche Arbeiterklasse schmachvoll und kampfflos kapitulierte und es dadurch den deutschen Nazi ermöglichte, ihre Herrschaft in weitaus potenziert Form zu errichten.

Wir, die wir den grünen und braunen Faschismus in den Gefängnissen und Konzentrationslagern in Reinkultur erlebt und dessen Anschauungsunterricht mit Gut und Blut bezahlt haben, wir wollen diesen Herrschaften, die in totaler Verkennung der gegenwärtigen weltpolitischen Lage glauben, wieder Einfluß zu gewinnen, und — wie die Äußerung eines dieser Abgeordneten bezeugt — mit dem Gedanken spielen, neuerlich, gestützt auf die Dummheit „jener, die nicht alle werden“, zur Macht zu kommen, ganz eindeutig zur Kenntnis bringen:

Wir haben die Gefängnisse und Konzentrationslagerzeit nicht vergessen, wir haben auch nicht die Schwüre vergessen, die wir unseren hingemordeten Kameraden geleistet haben. Und daher wird auch noch kein Strich unter die Vergangenheit gezogen, und wir werden auch keinen ziehen.

Wir wollen die Herren, wenn es ihnen gelüsten sollte, niemals wieder den Versuch zu unternehmen, uns des Bodens der Demokratie zu berauben, wenn sie versuchen sollten, so wie einstens mit den Mitteln der Demokratie diese Demokratie zu unterhöhlen, oder vielleicht ihre Desperados zu Arbeitermord und ähnlichem einzusetzen, auf das deutlichste versichern, daß wir, die wir für die Freiheit und die demokratische Entwicklung Österreichs die größten Opfer haben bringen müssen, diese Versuche mit allen, und diesmal wirklich mit allen Mitteln, ausmerzen werden und den berüchtigt gewordenen Ausspruch des „Keine-Milde-Kanzlers“ vor zwei Jahrzehnten, der damals gegen uns zur Anwendung gelangte, gegen euch selbst, ihr Herren, anwenden; aber diesmal, so seien sie alle versichert, mit endgültigem Erfolg.

Beschlüsse, die wir begrüßen

Militärdienstzeit bei einer der alliierten Armeen im zweiten Weltkrieg im Kampfe gegen Hitler-Deutschland und seine Verbündeten wird genau so wie KZ oder Gefängnishaft für die Bemessung des Gebührenurlaubes angerechnet.

Diese Bestimmung hat jüngst das Vertreterkollegium der Israelitischen Kultusgemeinde unter anderen dienstrechtlichen Bestimmungen für die Angestellten und Arbeiter zum Beschluß erhoben.

*) Vergleiche „Der sozialistische Kämpfer“ Nr. 8, Dezember 1949, Seite 3.

Ein Betrieb ehrt seine Kämpfer

Das Mahnmal für die Opfer der Österreichischen Automobilfabriks-Aktiengesellschaft vormals Austro-Fiat, Wien XXI

Die problemreiche Zeit, die seit dem ersten Weltkrieg immer schärfere Formen annahm und die politische Situation immer gespannter machte, hatte ihren Höhepunkt erreicht, als die Arbeiterschaft sich anschickte, die politische Macht auf legalem Wege zu erobern.

Um dem zuvorzukommen, mußten die verschiedenen Terrororganisationen des Bürgertums erhalten, um die Arbeiterschaft in Schach zu halten und zu unterdrücken. Mit dem Urteilsspruch von Schattendorf im Jahre 1927, der eine Brückierung der gesamten Arbeiterschaft darstellte, hatte der politische Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft Dimensionen angenommen, die vor Mord und Totschlag nicht länger zurückschreckten.

Aus dieser Situation heraus erwuchs der 12. Februar 1934, der der Arbeiterschaft im allgemeinen große Blutopfer bringen sollte. Im besonderen haben auch die Fiat-Arbeiter und -Angestellten eine Reihe von Verlusten zu beklagen, unter ihnen den Vater des von den Hitler-Schergen hingemordeten Hans Mörth.

Aufrecht und zielbewußt hatte sich die Arbeiterschaft in dieser Zeit gehalten. Ihre Mutigsten, ihre Treuesten haben das sozialistische Ideal hochgehalten, das rote Banner vorangetragen und Mittel und Wege gesucht, um dem mit aller Brutalität auftretenden Gegner zu begegnen. In einer Reihe von Besprechungen, die nur im Verborgenen und mit größter Vorsicht haben abgehalten werden können, ist immer wieder der Wunsch nach Freiheit laut geworden.

Daß in diesem Kreis sich auch Verräter befunden haben, zeigten die vielen, vielen Opfer, die die aufrechten Sozialisten zu beklagen haben. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft der Österreichischen Automobilfabriks-AG. hat unter der faschistischen Ära sowie unter dem Naziterror eine ganze Reihe von

Das Mahnmal

das von dem jungen Bildhauer Leopold Grausam entworfen und ausgeführt worden ist, ist ein schlichtes, in seiner gesamten Form würdiges und wuchtiges Denkmal.

Der Gedenkstein, der durch einige Stufen erhöht ist, ist ein Symbol, das die aufsteigende Arbeiterschaft darstellt; er ist flankiert von zwei schönen quadratischen Säulen, die die standhafte Festigkeit der sozialistischen Idee verbildlichen, für die die Märtyrer der Werktätigen gefallen sind.

Der formschöne, rechteckige Hauptstein, der in der Mitte ein Relief besitzt, eine durch Qualen und Demütigung zusammengedrückte, in Ketten geschlagene Kreatur, die in den letzten Sekunden vor der Hinrichtung steht, stellt all die Leiden und Entsayungen dar, die die Opfer des Faschismus ertragen mußten.

Das Mahnmal ist in einen würdigen, mit dunklen Zypressen umrahmten Hain eingebaut, der den Vorbeiziehenden die Worte zuruft:

„Die Opfer des Faschismus niemals vergessen!“



Kollegen verloren, die eingekerkert oder hingerichtet worden sind. Wir wollen daher auch von dieser Stelle aus aller jener gedenken, die durch Entzug ihrer Freiheit ihre Gesundheit, ihr Familienglück und ihr höchstes Gut, ihr Leben, haben lassen müssen. Es sind neun Kollegen der Österreichischen Automobilfabriks-AG., neun Arbeiter, die ihr Leben haben lassen müssen, weil sie für ihre Ideale gekämpft haben, weil sie für Frauen und Kinder von Inhaftierten Geld- und Lebensmittelsammlungen durchgeführt haben, um deren Not und Entbehrungen zu lindern, weil sie Nächstenliebe nicht mit einem Lippenbekenntnis, sondern in der Tat geübt haben. Wegen dieser Vergehen, die als Verbrechen gewertet wurden, hat sie der Faschismus an den Galgen geführt. Diese Kameraden sind Helden, und ihr Opfer soll uns Mahnung sein für alle Zeiten. Deshalb hat ihnen die Arbeiter- und Angestelltenschaft zum bleibenden Gedenken ein Denkmal aus Stein gesetzt. Die Enthüllung dieses Gedenksteines ist durch den Betriebsratsobmann Pichler in Anwesenheit sämtlicher Hinterbliebenen der hingerichteten Opfer sowie zahlreicher Ehrengäste und der gesamten Angestellten- und Arbeiterschaft des Betriebes vorgenommen worden. Kollege Pichler, der in tief ergreifenden Worten den toten Kameraden dankte, der Reihe nach die Toten würdigte und ihre für die Arbeiterschaft geleisteten Taten hervorhob, nahm die Enthüllung vor.

Wir neigen uns in Ehrfurcht voll Trauer und Stolz vor jenen Männern der Arbeiterschaft und des Volkes, welche in den Jahren 1934 bis 1945 in den Kämpfen um die staatliche, politische, menschliche Freiheit ihr Leben lassen mußten. Wir betrauern tief alle jene Opfer des Faschismus, die in den KZ und Gefängnissen zugrunde gegangen sind. Wir gedenken dabei besonders jener, die sich um die Arbeiterbewegung unvergängliche Verdienste erworben haben, Männern, die mit ihrem hervorragenden Wissen auf dem Gebiete der Arbeiterrechte als Vorkämpfer den Interessen der Arbeiterschaft dienten und allzufrüh dahingegangen sind.

Ihr Beispiel soll uns weiter den Weg in die Zukunft weisen.

Die Opfer

Johann Mörth, geboren am 7. März 1911, Schlosser in der Zahnradabteilung, hingerichtet am 13. April 1943. (Bild 1.) — Leopold Hammermüller, geboren am 22. August 1909, Schlosser im Rahmenbau, ermordet am 6. April 1945. (Bild 2.) — Max Peschek, geboren am 19. Oktober 1886, Lackierer der Lackiererei, hingerichtet am 18. Dezember 1942. (Bild 3.) — Franz Zach, geboren am 30. Jänner 1908, Schlosser der Reparaturabteilung, hingerichtet am 18. Dezember 1942. (Bild 4.) — Josef Netocny, geboren am 18. Jänner 1906, Kontrollor der Hauptkontrolle, ermordet am 6. April 1945. — Josef Andersch, geboren am 3. Dezember 1903, Kontrollor der Hauptkontrolle, hingerichtet am 18. November 1942. (Bild 5.) — Rudolf Sommer, geboren am 8. Oktober 1900, Schlosser der Reparaturabteilung, ermordet am 6. April 1942. (Bild 6.) — Franz Severa, geboren am 27. September 1912, Schlosser der Schlosserei Herrenholz, Strafkompanie „Dilliwanger“, in den Tod gejagt am 23. Dezember 1944. — Karl Pelikan, geboren am 18. Oktober 1901, Spengler der Spenglerei, ermordet am 6. April 1942. (Bild 7.)

„Israel will Geld von Deutschland“

Rassenhetze in neuer Auflage

In der Nummer 48 der Zeitung „Der Alpenruf“ vom 31. Dezember 1949 erschien unter dem Titel „7 Tage Weltgeschehen“ ein Artikel: „Israel will Geld von Deutschland“, aus dem wir einige Stellen wiedergeben.

„So haben die seit jeher als Sekundanten Moskaus auf der weltpolitischen Arena tätigen Juden, wie Reuter aus New York meldet, auf ihrem „jüdischen Weltkongreß“ (um die Diskriminierung des deutschen Volkes nicht einschlafen zu lassen) gefordert, mit einem „allgemeinen und offiziellen deutschen Schuldbekenntnis die Verantwortung für die Vernichtung des jüdischen Volkes anzuerkennen“. In besagter Meldung heißt es dann weiter, daß die „deutsche Verantwortung nicht durch Reden und finanzielle Angebote“ (besonders wenn diese zu niedrig waren, wie die abgelehnten 10 Millionen D-Mark Adenauers) zu „entkräften“ sei, sondern nur durch eine „uneingeschränkte Buße und bindende Verpflichtungen“ zur Wiedergutmachung den Juden Gerechtigkeit geboten werden könne. Eine deutsche Zeitung hat diesbezüglich vorgeschlagen, daß die deutsche Wiedergutmachung den Juden gegenüber von der den Volksdeutschen naturgemäß auch gebührenden Gutmachung abhängig gemacht und in Abzug gebracht werden könnte. Dies werde nicht schwer sein, da ja die den Juden abgenommenen Werte nur ein Bettel gegen die 80 bis 100 Milliarden Dollar sind, die den Volksdeutschen (mit jüdischer Zustimmung) geraubt wurden.“

Es ist nicht schwer, zu erkennen, welche Propaganda hier vorliegt.

Wie zu Goebbels' Zeiten werden „die Juden“ wieder als Sekundanten Moskaus dargestellt und der jüdische Weltkongreß, World Jewish Congress, eine vornehmlich unter Führung amerikanischer Juden stehende jüdische Weltorganisation, gleichfalls als Instrument Moskaus deklariert. So wird wiederum an die Dummheit der Massen appelliert. Auf der anderen Seite werden Krokodilstränen über das Schicksal der armen vertriebenen Volksdeutschen vergossen, jener Volksdeutschen, welche in den Ländern, in welchen sie wohnten, vielfach die Fünfte Kolonne der Nazi bildeten und oft zu den blutigsten Verfolgern der Juden gehörten.

Der infame Schreiber der zitierten Zeilen macht sogar die Bilanz und sagt, daß der materielle Verlust der ausgerotteten Juden „ein Bettel sei gegen den Verlust der Volksdeutschen“. Jeder, der etwas von der wirtschaftlichen Struktur der Betroffenen weiß, und vor allem von den Millionen gemordeter und vergaster Menschen, wird den richtigen Vergleich ziehen können.

Man beginnt in alter Frische weiterzuhetzen, einmal da und einmal dort. Sage ja niemand, daß der „Alpenruf“ etwa neo nazistische Tendenzen verfolge — wir kennen derlei Töne längst von früher her —, es sind alt nazistische.



Vom ersten Tag an, da eine getarnte Nazi-
presse sich wieder zum Sprachrohr der
unheilbaren Gefolgsleute des apokalyptischen
Gefreiten machen konnte, war es Gepflogen-
heit der Köche dieser braunen Giftsudelküchen,
die Männer, die dem Nationalsozialismus in
irgendeiner Form Widerstand entgegengesetzt
haben, als Vaterlandsverräter oder Deserteure
zu beschimpfen. Wir empfänden es als viel zu
tief unter unserer Würde als antifaschistische
Kämpfer stehend, auch nur ein Wort an die
haß- und wutverzerrte Argumentation dieser
Goebbels-Epigonen zu verlieren. Hingegen
wollen wir jenen sonderbaren Österreichern
entgegentreten, die sich in Amt und Würden
der Zweiten Republik wohl in etwas vorsich-
tigerer Form, aber dem Wesen nach ähnlich,
diese Argumentation zu eigen machen und
hinter Richter- oder anderen Amtstischen her-
vor ihr Gift aus feineren Düsen „Deserteuren“
entgenspritzen, weil diese es vorgezogen
haben, statt im Namen des Führers ihre
„Pflicht“ des Massenmordens zu tun, dem KZ
Wehrmacht zu entfliehen.

Wir haben, wie gesagt, in letzter Zeit öfter
solche Diffamierungen in Prozessen erlebt, sind
ihnen aber auch auf anderen amtlichen oder
halbamtlichen Wegen begegnet und deshalb
finden wir es nötig, etwas dazu zu sagen, das
diese Verleumder aus bewußter Bösartigkeit
oder verstockt-dummer Borniertheit, von denen
viele durch eiserne Pflichterfüllung nicht wenig
zur Verlängerung des Hitler-Krieges beigetra-
gen haben, unter dessen Folgen das geschän-
dete und zerstörte Europa und unsere Heimat
noch immer leiden, zurechtweist.

Die herrschende Klasse hat es zu allen
Zeiten verstanden, Begriffe, wie Ehre, Vater-
land, Fahne, für ihre dunklen, blutigen Zwecke
zu mißbrauchen, und durch deren geschickte
Anwendung die nationalen Leidenschaften bis
zu jenem Punkte aufzupeitschen, da das Kriegs-
geschrei jede Stimme der Vernunft und der
Menschlichkeit übergellt. Das Dritte Reich hat
diese Methode noch mit dem grauenhaftesten
Terror zu koppeln verstanden, und so auch die
unterjochten Völker, zu denen auch Österreich
gehörte — wenn ihm ein Teil der „Öster-
reicher“ die Unterjochung auch nicht schwer
gemacht hat —, in den „größten Krieg aller
Zeiten“ hineingehtzt oder hineingepeitscht.
Zur Ehre Österreichs haben sich neben jenen,
die heute nie dafür gewesen sein wollen, Men-
schen in diesem Lande gefunden, die wirklich

nicht dafür waren, ja sogar dagegen, und die
es als ihre Pflicht ihrer Heimat und ihrer Welt-
anschauung gegenüber empfanden, diesem
Dagegensein auch, ohne Rücksicht auf Leib
und Lebensgefahr, tätigen Ausdruck zu ver-
leihen.

Wir wollen um des durchlittenen Grauens
willen wahrlich keinem Soldaten, der wider-
standslos der Fahne der Barbarei gefolgt ist,
folgen mußte, wollte er nicht sein Leben
riskieren, seine „Pflichterfüllung“ zum Vorwurf
machen, aber es hieße die Dinge wahrlich im
unrichtigen Lichte sehen, diesen freiwilligen
oder erzwungenen Gehorsam, besonders eines
mitgezwungenen Volkes gegenüber, dem Befehl
zur Weltzerstörung, als Heldentat hinzustel-
len und jene, welche die Ehre ihres versklavten
Vaterlandes auch dadurch retteten, daß sie den
Mut aufbrachten, sich nicht zwingen zu lassen
oder sich dem Zwange zu entziehen, als Hoch-
verräter und Deserteure beschimpfen zu lassen.

Deserteur ist, wer seine Fahne verläßt, von
dieser flüchtet, fahnenflüchtig wird. Wir stellen
vor jene, die — denn es ist der Ton, der die
Musik macht — heute die Fahnenflüchtigen des
Hitler-Krieges in einem Ton, der verächtlich
machen soll, als Deserteure bezeichnen, nur die
Frage hin: Österreich wurde versklavt, und die
Blutfahne mit dem schwarzen Mordzeichen von
den Zwingherren wie der Geßler-Hut aufge-
stellt; eine verhaßte Fahne, eine Fahne, von der
heute Hunderttausende aus Überzeugung zum
Zwecke der Entregistrierung eidesstattlich
erklären, sie seien ihr nur gezwungenermaßen
gefolgt. Wer kämpfte nun in Wahrheit für die
Befreiung seines Vaterlandes von der Knecht-
herrschaft: jener, der sich für die verhaßte
Fahne gegen seinen Willen, gegen seine Über-
zeugung in ein Massenmorden anderer Völker
treiben läßt oder aber der, welcher die gehaßte
Fahne verläßt, um gegen sie als Partisane oder
an einer anderen Stelle der Widerstandsfront
zu kämpfen oder zumindest nicht mehr für sie
kämpft, und so für sein Teil tat, was er
konnte, durch seinen „Einsatz“ den verhaßten

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer des „Sozialistischen Kämpfers“
haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Ludwig Eldersch, Friedrich Floßmann, Felix Huba-
lek, Heinrich Kanotzer, Wilhelm Krell, Karl Mark,
Anton Schiller, Rudolf Trimmel, Stephan Urban, Otto
Vornegger.

Krieg nicht noch zu verlängern? Wir fragen weiter, ob Not und Zerstörung in unserem Lande heute noch so groß wären, hätten sich genügend solcher Deserteure gefunden, so daß der verlorene Krieg von den Hitler-Bestien nicht bis zur letzten Vernichtung hätte geführt werden können?

Wir ersparen uns die letzte Frage, wozu wohl mehr Mut gehört haben mag: für die Befreiung seiner Heimat, für seine Überzeugung oder auch nur, um für seine Person diesen Krieg nicht zu verlängern, zu desertieren, entweder in den Partisanenkampf oder in die ständige Todesgefahr der Gestapo oder der Feldgendarmarie wieder in die Hände zu fallen, oder aber sich gegen seine Überzeugung zur Aufrechterhaltung der Knechtschaft über das eigene Vaterland, aus der Furcht vor dem Terror, vor der Sippenhaftung, bei der verhaßten Fahne zu bleiben, für sie zu kämpfen!

Gewiß, nicht alle Deserteure waren Freiheitskämpfer (ebensowenig, wie alle Nichtdeserteure Soldaten wider Willen waren), und viele desertierten, weil sie einfach genug von der Hölle der Schlachten hatten, oder weil sie nicht, oder nicht mehr wußten, wofür sie ihren Schädel hinhalten sollten, oder aus irgendwelchen anderen Gründen. Wie immer: zumindest haben sie den Krieg nicht verlängert, haben keine Bomben geworfen, keine Panzer über sich bäumende Menschenleiber geführt, keine Flammenwerfer bedient, keine Kanonen abgefeuert, keinen Vernichtungsbefehl ausgeführt!

Man verstehe uns recht: Wir wollen mit

keinem Soldaten um seine erzwungene Kriegsteilnahme rechten; jeder von ihnen hat im Grauen des Krieges, im Martyrium der Kriegsgefangenschaft das Verbrechen des apokalyptischen Gefreiten bezahlen müssen. Es hat sich jeder den Grad der Verantwortlichkeit für seine Handlungen mit sich selbst auszumachen und die Lehren aus den Schrecken der jüngsten Vergangenheit zu ziehen, und wir wissen, daß unsere Heimkehrer uns verstehen werden.

Die groteske Unverschämtheit aber gewisser unbelehrbarer Frechlinge oder bornierter Reaktiönäre, die, im Brote der Zweiten Republik stehend, den österreichischen Deserteur des Hitler-Krieges, der für die Befreiung seiner Heimat, zur Vernichtung der Herrschaft der braunen Barbarei, zumindest aber nichts zu

ihrer Aufrechterhaltung beigetragen hat, mit dem Worte Deserteur diffamieren wollen, verdient gebührende Züchtigung. Wir sind stolz darauf, Kämpfer gegen den Faschismus gewesen zu sein, an welcher Stelle der Widerstandsfront immer einer das seine leisten konnte, und hätte es nur genügend viele solcher Deserteure gegeben, Österreich wäre heute längst aus einem befreiten Lande zu einem freien geworden. Denen aber, die sich der Unverschämtheit solcher Diffamierungen weiter erfreuen, sei gesagt, daß wir es als eine unserer Aufgaben betrachten, die Dinge in das rechte Licht zu rücken. Dies vor allem jenen ins Stammbuch, auf dessen Seiten sich die Dienstverträge mit der Ersten Republik, der austrofaschistischen Diktatur, der Nazidiktatur und nun auch der Zweiten Republik befinden.

Der große Ball der Freiheitskämpfer

Ball in Rot

Freitag, den 3. März 1950
Kursalon der Stadt Wien

Zwei Kämpfer für den Sozialismus

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg

Die bürgerliche Welt ist voll von Helden gestalten. Aber was gehen sie uns an, diese germanischen Krieger, die künstlich hergerichteten Ritterkreuzträger, die erlogenen Helden zweier Weltkriege.

Wir Sozialisten kennen unsere Helden, und zwei von denen, deren Namen am tiefsten in unsere Herzen geschrieben sind, waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Ihr Leben, das sich immer wieder als Wegbereiter des revolutionären Massenwillens gezeigt hat, ihr Tod am Ende der Spartakusepoche in Berlin, dessen Seele und Verkörperung sie waren, sind höchster Ausdruck dessen, was uns revolutionären Sozialisten proletarisches Heldentum bedeutet.

Du armer Bergmann im dunklen Schacht, umgeben von den Urgewalten der Natur, lasse einen Augenblick nur deine Arbeit ruhen und

gedenke ihrer! Gedenke der beiden großen Toten, die mit heißer Liebe zu dir und mit flammendem Hasse gegen deine Unterdrücker dein Denken freimachten von Nationalismus und Völkerhaß, denke an ihren Tod für dich und sie werden in dir lebendig werden.

Und ihr, ihr rußigen, mit Schweiß bedeckten Maschinenheizer, inmitten fauchender, stampfender Maschinen, lasset einen Augenblick eure Schaufeln ruhen und denket an die, die umgeben von Verrat und Feigheit, inmitten von Verleumdung und Niedertracht, unentwegt am Kesselfeuer der Revolution standen und mit ihren starren Leibern dies heilige Feuer zu neuer Glut entfachten. Denkt an sie und dann — ja dann feuert weiter.

Ihr sehnigen Schmiede am Amboß, ihr Arbeiter an den Maschinen, ihr bleichen Mädchen in Fabriken und Büros und vor allem ihr

zahllosen Witwen und Waisen, Opfer zweier Völkermorde, denkt heute an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Denkt an sie, die sterben mußten, denn zu groß waren ihre Seelen. Ihr Schimmer erfüllte ganz Deutschland, ihr Lichterschein bestrahlte zu hell das Gewürm der Hohenzollern und Profitpatrioten, denn in ihrem Herzschatz hämmerte die Revolution! Noch stand die große Masse der Armen untätig und fassungslos im Banne dieser glühenden Seelen und erst als der Mord sein blutiges Siegel auf sie drückte, da erkannten sie die große Liebe.

Sie mußten fallen, zu trotzig und unbestechlich waren ihre Naturen, zu aufrecht standen sie im Deutschland der Lüge, zu wuchtig kam die Wahrheit von ihren Lippen, und unter den Peitschenhieben ihrer Anklagen wand und krümmte sich die Offiziersbestie und duckte sich zum Sprung.

Im Edenhotel, Deutschlands gemeinster Mörderspелunke, wo jeden Verbrecher, jede Dirne in seiner Nähe das Grauen überfällt, verabredeten sie den Mord.

Während die beiden großen Sozialisten blutüberströmt im Landwehrkanal lagen, feierte die deutsche Bourgeoisie ein festliches Gelage und reinigten sich die Mörder mit blühweißen Servietten vom Blute dieser besten Deutschen.

Und über die Leichen ungezählter Sozialisten schritt die deutsche Reaktion nach der endgültigen Niederwerfung der Arbeiterklasse zur Vorbereitung des blutigsten aller Kriege und Millionen Menschen in aller Welt stehen heute noch vor offenen Gräbern, die sich erst schließen werden, wenn das Vermächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Erfüllung finden wird.

30 Millionen Schilling den Naziopfern entzogen?

Immer wieder versucht die Kommunistische Partei, mit diesem Schlagwort die Naziopfer für sich zu gewinnen. Sie verweist darauf, daß von dem für Zwecke der Opferfürsorge bewilligten Betrag für 1946 und die folgenden Jahre namhafte Beträge erspart wurden. Das entspricht aber in keiner Weise den Tatsachen. In Wirklichkeit wird im Staatsvoranschlag dem Finanzminister die Erlaubnis gegeben, für bestimmte Zwecke Beträge bis zu einer bestimmten Höhe auszugeben. Natürlich ist er nicht ermächtigt, diese Beträge für andere Zwecke zu verwenden. Nun haben in den Jahren 1945 bis 1948, also in den Jahren, in denen das Opferfürsorgegesetz in seiner neuen Form noch nicht bestanden hat, beziehungsweise in denen die Machenschaften der Kommunistischen Partei im Bund der politisch Verfolgten dessen Tätigkeit praktisch lahmgelegt haben, nur ein ganz kleiner Teil der Berechtigten um die Rente angesucht. Selbstverständlich wurden diese Renten ausbezahlt. Es würde jeder demokratischen Verfassung ins Gesicht schlagen, wenn nun der Finanzminister die für die

Renten bestimmten Beträge ohne einen Beschluß des Parlaments für andere Zwecke verwendet hätte. Seit der Auflösung des Bundes der politisch Verfolgten haben die Verbände der einzelnen Richtungen, besonders der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, eine rege Aufklärungstätigkeit unter den politisch Verfolgten in Angriff genommen. Die Anspruchsberechtigten erfahren endlich, daß die Gesetzgebung für sie Vorsorge getroffen hat und bewerben sich in immer größerer Anzahl um die ihnen zustehenden Rechte und Renten. Und so ist zu hoffen, daß die im Staatshaushalt 1949 vorgesehenen Beträge endlich voll ihrer Bestimmung zugeführt werden können. Da aber noch nie jemandem, der dazu berechtigt gewesen ist, die ihm zustehenden Zuwendungen vorenthalten worden sind, ist es fahrlässige Demagogie, hier von Einsparungen an den Verfolgten des Naziregimes zu sprechen.

Anmeldung von Ansprüchen nach dem Dritten Rückgabegesetz*)

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat eine Verordnung kundgemacht, die die Anmeldung von Ansprüchen nach dem Dritten Rückgabegesetz regelt. Die Verordnung, die für viele Genossen von besonderer Wichtigkeit ist, wird nachfolgend in ihrem vollen Wortlaut abgedruckt.

Auf Grund des § 5 des Dritten Rückgabegesetzes vom 14. Juli 1949, BGBl. Nr. 208, wird kundgemacht:

Personen, denen Ansprüche nach dem Dritten Rückgabegesetz zustehen, können, wenn der seinerzeitige Dienstgeber (die seinerzeitige Pensionseinrichtung) oder ein Nachfolger nicht mehr vorhanden ist, ihre Ansprüche gegen den Bund gemäß § 3, Abs. (2), Ziffer 2, des genannten Gesetzes geltend machen. Die Anmeldung derartiger Ansprüche hat beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, Wien I, Hanuschgasse 3, zu erfolgen. Dem Ansuchen um Befriedigung der behaupteten Ansprüche, die ihrer Höhe nach anzuführen sind, sind alle für die Beurteilung des Anspruches zur Verfügung stehenden Beweismittel anzuschließen. Als Beweismittel kommen insbesondere in Betracht: Anstellungsverträge, Dienst-, Besoldungs- und Pensionsverordnungen, Gehaltsbestätigungen, Kündigungen bzw. Entlassungsschreiben, Dienstzeugnisse, Bestätigungen über empfangene Abfertigungen, Abschlagszahlungen bzw. Abfindungen, bei Ansprüchen auf Ruhe- und Versorgungsgenüsse auch Bescheinigungen, aus denen ersehen werden kann, in welchem Umfange eine allfällige Anrechnung von Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß dem Dienstvertrage bzw. der Dienst- oder Pensionsordnung [§ 3, Abs. (1), des Dritten Rückgabegesetzes in Verbindung mit § 7 des Siebenten Rückstellungsgesetzes**), BGBl. Nr. 207/1949] zu erfolgen hatte.

Wien, den 17. November 1949.

*) Vergleiche „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 5/6, September/Oktober 1949, Seite 16.

***) Vergleiche „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 5/6, September/Oktober 1949, Seite 13.

Erstes Wochenende im März Bundeshauptversammlung 1950

Ort, Zeit, Tagesordnung werden demnächst bekanntgegeben

Man schreibt uns!
Wir antworten!

Ein Brief steht zur Diskussion

Liebe Genossen!

Seid mir nicht zu böse, wenn einmal ein Genosse nicht zu allem ja und amen sagt, sondern das ausspricht, was alle denken. In unserem Organ „Der sozialistische Kämpfer“ wird viel von Forderungen für die Opfer des Faschismus geschrieben und der Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen geführt. Ich möchte fragen, ob auch bei der Bewilligung der Nachzahlungen für die wiedereingestellten Nazi ein solcher Kampf vorausgegangen ist? Denn ohne weiteres — so scheint es —, hat man ihnen die Gehälter seit ihrer Entlassung bis zur Wiedereinstellung nachbezahlt; oder war da ein schroffes „Nein!“ die Antwort unserer Genossen im Parlament? Glauben denn unsere Vertreter, wir politisch Verfolgten sind noch froh darüber, daß wir unsere sauer verdienten Schilling dem Staate geopfert haben, damit den Mithelfern unserer Schikanen ja kein Haar gekrümmt wird? Hat jemals in der Regierung oder im Parlament einer gesagt, daß zuerst die Opfer des Faschismus ihren Schaden gutgemacht bekommen müssen, bevor dies geschehen darf? Unsere Schilling wurden abgewertet — den wiedereingestellten Nazi zahlt man die guten Schilling nach! Ich frage: „Wer war dabei wieder das Opfer?“ Für Entschädigungen für die Kämpfer der Freiheit ist ja kein Geld vorhanden, dafür...

Warum ist man mit der Sühneabgabe sofort abgefahren? Ach, die armen Nazi hätten vielleicht nicht so gewählt wie man es brauchte; ist es darum geschehen?

Darum sage ich und tausende meiner Kameraden: So lange nicht der letzte Kämpfer seinen Schaden gutgemacht erhalten hat, so lange darf kein Nazi mehr eine Vergütung bekommen. Dies wünsche ich und mit mir die meisten meiner Kameraden, die als Kämpfer der Freiheit zu Schaden gekommen sind.

Freundschaft!

V. G., Bad Aussee

*

Ein Schwindel mit Sperrkonten

Der Artikel mit dem Titel „Ein Schwindel mit Sperrkonten“ in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 6. Jänner 1950 veranlaßt mich, um Aufnahme der nachfolgenden Zeilen in unserer Monatsschrift „Der sozialistische Kämpfer“ zu ersuchen:

Ende September 1946 wurden die politisch Verfolgten aufgefordert, beim Finanzministerium um Freigabe eines Teiles ihrer Sperrkonten mittels Ansuchen einzureichen. Dieses geschah auch; was wurde daraus? Eine Ablehnung. Und siehe da, am 6. Jänner 1950 erfuhr man aus der „Arbeiter-Zeitung“, daß es einigen Glücklichen gelang, die Freigabe ihres

ganzen Guthabens auf legale und illegale Weise zu erreichen. Und wer waren diese Nutznießer? Ehemalige Nazifunktionäre und Großindustrielle. Mit diesen großen Beträgen, die in die Hunderttausende von Schillingen gingen, die hier ganz unberechtigt freigegeben wurden, hätte man vielen politischen Opfern, die darum angesucht hatten, einen Teil ihres Sperrkontos freizubekommen, in dieser schweren Zeit helfen können. Es ist leider so, daß man nur sehr viel von Hilfe für die Opfer und Kämpfer für ein freies Österreich spricht, aber das Gegenteil wird gemacht. Es ist unser gutes Recht, zu verlangen, daß solche Vorkommnisse ganz exemplarisch bestraft werden und sich in Zukunft nicht mehr wiederholen. Mit dieser Art von Beamten muß in den Ämtern gründlich aufgeräumt werden und nur dann werden wir zu unserem Recht kommen. B. K.

*

Wir danken für ein anonymes Schreiben

„Mit dem aufrichtigen und innigen Wunsche, der nicht dem Herzen eines ungestümen Stürmers und Drängers, sondern dem eines gereiften Mannes aus ärmster kinderreicher Arbeiterfamilie entspringt, möchte ohne jede Anmaßung und Überheblichkeit Ihre Tätigkeit im Jahre 1950 begleiten.“

Ein politisch Verfolgter!

Mit diesen Zeilen schließt ein längeres, leider anonymes Schreiben mit Datum vom 3. Jänner 1950, das bei uns vor kurzem eingegangen ist. Der Kamerad, der es vorgezogen hat, als eine unbekannte „Nummer“ ungenannt zu bleiben, der sich aber doch veranlaßt gesehen hat, zur Feder zu greifen, nachdem wir ihm unsere Zeitung zugeschiedt haben, kann versichert sein, daß wir mit ihm in vielem übereinstimmen. Und daß wir auch weit davon entfernt sind, zuzulassen, daß ein alter, und — wie wir hoffen wollen — längst überlebter Schematismus sich hierzulande wieder einnisten kann.

Darum zögern wir auch nicht, für einen anonymen Brief zu danken.



Wie steht es mit dem Wiedereinstellungsgesetz?

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß von der Unternehmenseite in Wiedereinstellungsfällen eine Stellung eingenommen wird, die dem Sinne des Wiedereinstellungsgesetzes, wie er insbesondere seit der Novellierung klar zum Ausdruck kommt, widerspricht. Wir haben uns an Genossen Karl Mark als den seinerzeitigen Berichterstatter im Nationalrat gewendet und ihn gebeten, seine Meinung insbesondere zu der Frage der wirtschaftlichen Zumutbarkeit von Wiedereinstellungen zu äußern. Genosse Mark erklärte:

Bei der Wahl des Ausdruckes „wirtschaftlich zumutbar“ wurde zweifellos an eine finanzielle und nicht an eine betriebstechnische Zumutbarkeit gedacht. Es kann sich also nicht darum handeln, daß im Betrieb ein freier Platz vorhanden ist, auf den der Wiedereinzustellende gesetzt wird, sondern nur darum, daß der



BALL IN ROT

3. MÄRZ 1950

NÄHERES IN DER FEBRUARNUMMER

11 DER

SOZIALISTISCHE KÄMPFER

Betrieb in der Lage ist, die finanzielle Belastung zu ertragen, die mit der Wiedereinstellung verbunden ist. Von Abgeordneten aller Parteien wurde darauf verwiesen, daß der Wirtschaft Opfer im Interesse der seinerzeit Geschädigten auferlegt werden müßten, und Vertreter der Unternehmer erklärten, sie seien bereit, Lasten auf sich zu nehmen. Gerade in der heutigen Zeit, wo soviel von Wiedergutmachung seitens der „verfolgten“ Nazi gesprochen wird, müßte streng darauf gesehen werden, daß die Wiedergutmachung für die von den Nazi Geschädigten nicht nur durch hinterhältige Interpretationen verhindert oder weiter verzögert wird.

Aus den Landesorganisationen

Steiermark. Die Landesorganisation Steiermark teilt mit, daß die Sprechstunden in Graz, Südtiroler Platz 13, jeden Freitag von 8 bis 12 Uhr und 15 bis 19 Uhr abgehalten werden.

In den Bezirks- und Lokalorganisationen finden die Sprechstunden an den Tagen des Parteienverkehrs statt.

Aus dem Wiener Landesverband Wiener Jahreskonferenz

Die Wiener Jahreskonferenz findet am 25. Februar 1950 um 15 Uhr im Alten Rathaus, Wien I, Wipplingerstraße 8, statt. — Wir machen unsere Genossen schon jetzt auf die Konferenz aufmerksam und bitten, den Termin vorzumerken.

Der 12. Februar

Zum Gedenken an die blutigen Februartage 1934 veranstaltet der Landesverband Wien eine Gedenkundgebung im Volkstheater, über die wir an anderer Stelle berichten.

Außerdem werden in Wien — und in den Bundesländern — an den Gräbern unserer justifizierten und gefallenen Schutzbündler und Kämpfer Kränze niedergelegt.

Ball in Rot

Am Freitag, dem 3. März 1950, findet in allen Sälen des Kursalons der Stadt Wien der große Ball der sozialistischen Freiheitskämpfer statt. Tanzvorführungen, ein Mitternachtskabarett und anderes mehr sind vorgesehen. In der Februarnummer unserer Zeitung werden wir über das genaue Programm dieser repräsentativen Ballveranstaltung mehr ver-raten und alle weiteren Einzelheiten bekanntgeben.

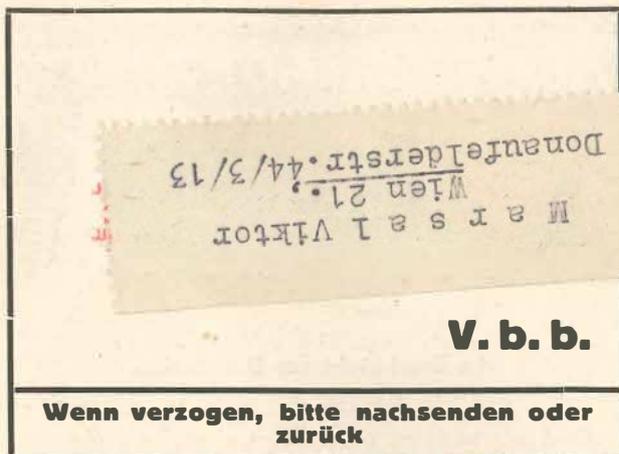
WIR BITTEN
um Nachricht

Albin Heidl

Sachsenhausener! Wer kennt Albin Heidl, Karlsruhe. Er kam als sudetendeutscher Aktivist nach Sachsenhausen, arbeitete als Ankerwickler in der Elektrowerkstatt und braucht jetzt noch ein oder zwei eidesstattliche Erklärungen zum Zwecke der Geltendmachung seiner Entschädigungsansprüche. Nachrichten werden raschest erbeten.

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter!

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.



Sprechstunden

in unseren Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mi. 16 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25a Di. u. Do. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60b Mo. u. Do. 18 bis 19 Uhr
5. Bacherplatz 14 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 18 bis 19 Uhr
7. Neubaugasse 25 Do. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Dampfgasse 35 Mi. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Mo. u. Fr. 17 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Mo. 17.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
- 15a. Hackengasse 13 Mi. 17 bis 19 Uhr
- 15b. Rustengasse 9 Di. u. Fr. 18 bis 19.30 Uhr
16. Schuhmeierplatz 18 Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a Mi. 17 bis 19 Uhr
18. Leitermayergasse 45 Fr. 17 bis 19 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 17.30 bis 20 Uhr
21. Brünner Straße 38, Schlingenhof, Stiege 18 Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaueifelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
25. Liesing, Breitenfurter Straße 2 Mo. 18 bis 19 Uhr

Wir bitten, alle unsere Genossen auf die Sprechstunden in den Bezirksgruppen aufmerksam zu machen.

Eine wichtige Mitteilung!

Die Opferfürsorgereferate der Wiener Landesregierung in den Bezirken werden ab 1. Februar 1950 zentralisiert und sind in Wien I, Gonzagagasse 25, M.A. 12, untergebracht. Anträge in Opferfürsorgeangelegenheiten sind nunmehr dortselbst einzubringen. In allen Magistratischen Bezirksämtern liegen Antragsformblätter auf; sie können in jedem Bezirksamt abgegeben werden, das Ermittlungsverfahren wird aber ausnahmslos in der M.A. 12 durchgeführt.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Alle Wien I, Löwelstraße 18. Telefon A 28-5-20. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“. Wien V. Rechte Wienzeile 97